

1 PRÜFUNGS-AUFTRAG

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der

**Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH,
Magdeburg,**

– nachfolgend auch kurz „MVB“ oder „Gesellschaft“ genannt –

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 gewählt. Der Aufsichtsrat hat uns aufgrund dieses Beschlusses den Auftrag zur Durchführung einer Abschlussprüfung gemäß § 317 HGB für das Geschäftsjahr 2009 erteilt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Bei der Erstellung des Prüfungsberichts haben wir die deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (Prüfungsstandard des Instituts der Wirtschaftsprüfer – IDW PS 450) beachtet.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die unter dem 11./18. Januar 2010 getroffenen Vereinbarungen sowie ergänzend die als Anlage beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der Fassung vom 1. Januar 2002.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber der Gesellschaft und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

2 GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung

Aus dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Geschäftsführung sowie den sonstigen geprüften Unterlagen heben wir folgende Aspekte hervor, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind:

- Umsatzerlöse um 1,1 % gestiegen

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr um 1,1 % auf TEUR 30.872 (Vorjahr: TEUR 30.522) gestiegen.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die um TEUR 856 gestiegenen Erlöse aus Verkehrsleistungen zurückzuführen, was insbesondere durch den höheren Absatz von Tagesfahrausweisen und Jahreskarten bedingt ist. In diesem Zusammenhang sind zwar die Einnahmen aus dem Absatz von Einzelfahrausweisen gesunken, jedoch nicht im gleichen Umfang, so dass die Erlöse aus Verkehrsleistungen insgesamt um 4,1 % gestiegen sind.

Demgegenüber haben sich die Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG um TEUR 177 und die Zuwendungen des Landes um TEUR 191 vermindert. Ursachen für die gesunkenen Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG sind die gesunkenen Schülerzahlen und die Verminderung der Fahrtenhäufigkeit (Ausnutzung der Fahrausweise), die durch statistische Erhebungen ermittelt wurde.

- Betriebsergebnis um TEUR 250 verringert

Das Betriebsergebnis hat sich auf TEUR -1.087 (Vorjahr: TEUR -837) verringert.

Die Verringerung der Betriebsleistung um TEUR 577 ist im Wesentlichen durch die Abnahme der Anderen betrieblichen Erträge durch die Reduzierung des Ausgleichsbetrags zur Durchführung des ÖPNV von der Stadt Magdeburg um TEUR -408 auf TEUR 17.715 bedingt. Die Ausgleichsbeträge der Stadt Magdeburg haben einen erheblichen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft.

Die Betriebsaufwendungen haben sich um TEUR 327 verringert. Dabei sind insbesondere die Personalaufwendungen (nach Eliminierung neutraler Beträge) um TEUR 850 zurückgegangen, was auf die Verringerung der Beschäftigungszahl zurückzuführen ist. Demgegenüber haben sich die Materialaufwendungen (+TEUR 161) und die Abschreibungen (+TEUR 310) erhöht. Die Erhöhung der Materialaufwendungen ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Aufwendungen für Fahrstrom und Instandhaltungen zurückzuführen. In den Materialaufwendungen des Jahres 2009 sind mit TEUR 2.267 (Vorjahr: TEUR 1.305) Zuführungen für Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung enthalten. Die entsprechenden Instandhaltungsmaßnahmen sollen in den nächsten Jahren durchgeführt werden. Die erhöhten Abschreibungen sind darauf zurückzuführen, dass zum Ende des Vorjahres umfangreiche Investitionen vorgenommen wurden, deren Abschreibungen im Berichtsjahr erstmals über das gesamte Jahr erfolgen. Das gesunkene Betriebsergebnis ist somit im Wesentlichen auf die höheren Zuführungen zur Rückstellung für unterlassene Instandhaltung zurückzuführen.

- Finanzergebnis um TEUR 295 verschlechtert

Das Finanzergebnis hat sich um TEUR 295 verschlechtert und beträgt im Berichtsjahr TEUR -252. Die Finanzerträge haben sich um TEUR 359 verringert, was insbesondere auf das gesunkene Zinsniveau im Berichtsjahr und die Tatsache, dass die liquiden Mittel für Investitionen eingesetzt wurden und damit in geringerem Umfang Geldanlagen getätigt werden konnten, zurückzuführen ist. Die Finanzaufwendungen haben sich durch die Verringerung der Darlehenszinsen um TEUR 69 infolge weiterer planmäßiger Darlehenstilgungen insgesamt um TEUR 64 verringert.

- Neutrales Ergebnis beträgt im Geschäftsjahr 2009 TEUR 1.864 (Vorjahr: TEUR 1.346)

Das Neutrale Ergebnis hat sich um TEUR 518 erhöht. Dabei sind die Neutralen Erträge um TEUR 1.317 auf TEUR 3.117 (Vorjahr: TEUR 1.800) und die Neutralen Aufwendungen um TEUR 799 auf TEUR 1.253 (Vorjahr: TEUR 454) gestiegen. Die Erhöhung der Neutralen Erträge resultiert im Wesentlichen aus um TEUR 1.458 gestiegenen Erträgen aus den US-Lease-Geschäften (TEUR 2.059; Vorjahr: TEUR 601), da durch die Beendigung eines Kontrakts der bisher passivierte Barwertvorteil vollständig als Ertrag vereinnahmt werden konnte.

Die gestiegenen Neutralen Aufwendungen sind auf die Bildung einer Rückstellung für Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von TEUR 600 zurückzuführen.

- Jahresergebnis um TEUR 27 verschlechtert

Aus dem negativen Betriebsergebnis von TEUR -1.087, dem negativen Finanzergebnis von TEUR -252 und dem positivem Neutralen Ergebnis in Höhe von TEUR 1.864 ergibt sich ein positives Jahresergebnis von TEUR 525.

- Verringerung der Bilanzsumme um TEUR 1.740

Die Verringerung der Bilanzsumme ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Abnahme der liquiden Mittel (-TEUR 5.222) zurückzuführen. Demgegenüber haben sich das Anlagevermögen (+TEUR 1.731) und die Forderungen (+TEUR 1.619) erhöht.

Auf der Passivseite resultiert die Verringerung der Bilanzsumme insbesondere aus der Verminderung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens aufgrund der Beendigung eines US-Lease-Geschäftes. Durch die Beendigung konnte der bisher passivierte Barwertvorteil vollständig als Ertrag vereinnahmt werden.

- Sachanlageinvestitionen in Höhe von TEUR 14.802

Die von der MVB im Berichtsjahr durchgeführten Investitionen in Sachanlagen in Höhe von TEUR 14.802 betreffen im Wesentlichen mit TEUR 13.556 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, insbesondere für die Anzahlung von elf Niederflurstraßenbahnen (TEUR 7.700). Für die Sachanlageinvestitionen des Jahres 2009 wurden der Gesellschaft Zuschüsse von insgesamt TEUR 8.190 gewährt. Der Anteil der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens am Aktivvermögen der MVB in 2009 beträgt 76 %.

- Eigenkapitalquote 60,8 % (Vorjahr: 59,8 %)

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2009 ein bilanzielles Eigenkapital von TEUR 63.966 aus, was einer Eigenkapitalquote von 60,8 % entspricht. Die Verbesserung der Eigenkapitalquote ist auf die Verringerung der Bilanzsumme zurückzuführen.

- Finanz- und Liquiditätslage

Die Geschäftsführung führt im Lagebericht aus, dass die Liquidität im Berichtsjahr jederzeit gegeben war. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR 16.445 konnte nur teilweise aus dem Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit und der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden. Der übersteigende Betrag wurde durch die Verminderung des Finanzmittelfonds in Höhe von TEUR 5.222 ausgeglichen.

Die Geschäftsführung hebt weiterhin im Lagebericht hervor, dass aufgrund der Reduzierungen von Fördermitteln für Investitionen zukünftig der Eigenanteil für betriebliche Investitionen steigen wird, was zur Erhöhung der Darlehensaufnahme führt. Bereits im Berichtsjahr wurden zur Finanzierung der Investitionen in Höhe von TEUR 16.835 neben den Investitionszuschüssen von TEUR 8.191 erhebliche Eigenmittel eingesetzt, die in Höhe von TEUR 2.490 durch eine Darlehensaufnahme und in Höhe von TEUR 5.222 durch die Verminderung des Finanzmittelfonds finanziert wurde.

- Risiken der künftigen Entwicklung

Die Risiken der weiteren Entwicklung der MVB sieht die Geschäftsführung in den sich weiter verändernden Rahmenbedingungen für den ÖPNV, insbesondere sich verändernde rechtliche Rahmenbedingungen, Wettbewerb und die Reduzierung von Zuschüssen, und der daraus zusätzlich erwachsenden Notwendigkeit der Herstellung wettbewerbsfähiger Unternehmensstrukturen durch Restrukturierungsmaßnahmen.

Die Geschäftsleitung führt im Lagebericht ferner aus, dass die Gesellschaft in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen bezüglich des verbleibenden US-Cross-Border-Lease-Geschäfts insbesondere im Zuge der Finanzkrise weiterhin ein aktives Monitoring der Vertragsverpflichtungen durchführt. Die Ratinganalysen der beteiligten amerikanischen Kreditinstitute werden darüber hinaus durch externe Berater begleitet.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen bei der Fördermittelbereitstellung für Investitionen wird der Eigenanteil der MVB für betriebliche Investitionen in der Zukunft steigen. Dadurch wird es nach Aussagen im Lagebericht zu einer erhöhten Darlehensaufnahme kommen, was sich durch die entstehenden Zinsaufwendungen negativ auf die Ertragslage auswirkt. Durch eine Verringerung der Fördermittelquote werden sich auch Ergebnisbelastungen durch höhere Abschreibungen ergeben.

- Auslaufen der Buslinienkonzessionen im Jahr 2010

Die Geschäftsführung hebt im Lagebericht hervor, dass die Buslinienkonzessionen zum 31. Oktober 2010 auslaufen und bis zum 22. April 2010 wieder qualifiziert beantragt werden müssen. Die Erlangung der Buslinienkonzessionen hat für die Entwicklung der Gesellschaft erhebliche Bedeutung.

- Prognose Jahresergebnis 2010

Die Geschäftsführung rechnet auch in 2010 mit einem positiven Jahresergebnis.

- Hohe Abhängigkeit von Zuschüssen der öffentlichen Hand

Die strukturell bedingt hohen Kosten zur Erfüllung der auferlegten Nahverkehrsaufgaben, die sich im Wesentlichen durch den Personalaufwand und die Aufwendungen für Infrastruktur (Fahrzeuge, Betriebshöfe, Streckennetz etc.) ergeben, sind aus Fahrgeldeinnahmen nicht zu erwirtschaften. Strukturbedingt würde die MVB als kommunales Verkehrsunternehmen ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand dauerhaft Fehlbeträge erzielen. Dadurch unterliegt die Gesellschaft in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen. Der Fortbestand der MVB wird durch die mit der Stadt Magdeburg bestehende Betrauungsvereinbarung gesichert.

Zusammenfassend stellen wir gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB fest, dass wir die Lagebeurteilung der Geschäftsführung, insbesondere die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und die Beurteilung der künftigen Entwicklung des Unternehmens, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht ihren Ausdruck gefunden haben, als realistisch ansehen.

Ergänzend verweisen wir zur Lagebeurteilung auf unsere Ausführungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses der Gesellschaft in Abschnitt 4.2 unseres Berichts sowie auf die Berichterstattung im nachfolgenden Abschnitt 2.2.

2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB berichten wir über Tatsachen, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft hebt im Lagebericht hervor, dass die Erlangung der Buslinienkonzessionen im Jahr 2010 für die Entwicklung der Gesellschaft erhebliche Bedeutung hat.

Sollte die MVB die beantragten Buslinienkonzessionen nicht erhalten, würden sich erhebliche negative Auswirkungen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ergeben.

3 GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Prüfungsgegenstand

Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren

- die Buchführung,
- der Jahresabschluss (bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und
- der Lagebericht

der Gesellschaft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft; dies gilt auch für die Angaben, die wir zu diesen Unterlagen erhalten haben. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus ihnen üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Ferner sind wir beauftragt worden, im Rahmen der Berichterstattung über die Abschlussprüfung gesetzlich nicht vorgeschriebene, weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen zum Jahresabschluss zu erstellen. Wir haben die ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen in einem gesonderten Bericht zusammengestellt.